

**Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 28. August 2008**

Antrags-Nr. 08-F-01-0081

**Konzept gegen Farbschmierereien - Förderung der Jugendkultur  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.08.2008 -**

Vorbemerkung:

Graffiti ist eine inzwischen anerkannte Kunstform der jüngeren Generation. Dies belegen zahllose Festivals, Meetings und Events wie das 'Meeting Of Styles'. Im Alltag wird Graffiti jedoch bewusst oder unbewusst in einen Topf mit illegalen und strafbaren Farbschmierereien geworfen. Letzteres wird leider auch oft zu einer Diskreditierung der Kunstform Graffiti und somit zu einer Beschneidung der verfassungsrechtlich garantierten Kunstfreiheit missbraucht.

Illegale Farbschmierereien sind dagegen konsequent abzulehnen und die Täterinnen und Täter straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Eine konsequente Bekämpfung von Farbschmierereien würde der illegalen Szene den Anreiz zu neuen Taten nehmen, hier haben andere Städte - beispielsweise Koblenz - gute Erfahrungen gemacht. Eine saubere Stadt vermittelt darüber hinaus der Bevölkerung ein höheres Sicherheitsgefühl.

Gleichzeitig sind die künstlerischen Aktivitäten von Jugendlichen in legale Bahnen zu lenken. Eine saubere Stadt und eine Förderung der Jugendkultur schließen sich nicht aus, sondern sollten in einem Gesamtkonzept verbunden werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Projektgruppe zu bilden, der Vertreterinnen und Vertreter

- der Polizei und der Kriminalpolizei,
- des Amtes für Soziale Arbeit,
- des Schulamtes,
- des Amtes für Öffentliche Ordnung
- des Stadtelternbeirates und Stadtschülerrates
- der ELW,
- des Tiefbauamtes
- von ESWE-Verkehr und der Deutschen Bahn

angehören. Diese Projektgruppe erhält den Auftrag, ein umfassendes Gesamtkonzept gegen illegale Farbschmierereien zu entwickeln.

Dieses Gesamtkonzept sollte beinhalten:

- Aufnahme des Themas legaler Graffiti in den Lehrplan an weiterführenden Schulen (Kunstunterricht). Hierbei ist eine klare Trennung zwischen Kunst und Sachbeschädigung durch illegale Farbschmierereien zu vermitteln.
- Entsprechende Fortbildungsangebote an Lehrkräfte.
- Eine verstärkte Zusammenarbeit der Polizei mit den Schulen (Präventionsmaßnahmen).

- 
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. durch Erstellen einer Informationsbroschüre für Eltern und Schüler, die u.a. auf die Folgen illegaler Farbschmierereien hinweist, bzw. einer Informationsbroschüre für Hauseigentümer, Bau- und Malerfirmen über Möglichkeiten zur Verhinderung von Farbschmierereien und Verhalten im Schadensfall.
  - Öffentliche Aufklärung zur Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei neuen Schäden, insbesondere städtische Mitarbeiter (z.B. des Ordnungsamtes) sollen angehalten werden, neue Schäden durch Farbschmierereien zu melden, um eine umgehende Beseitigung in die Wege zu leiten.
  - Umgehende Beseitigung von Schäden an öffentlichen Gebäuden, auch als Vorbild für private Hauseigentümer. Einrichtung spezieller Reinigungsstrupps, bzw. Beauftragung einer geeigneten Privatfirma und Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt.
  - Präventive Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden wie z.B. die Begrünung oder Behandlung von gefährdeten Flächen mit Schutzmitteln.
  - Maßnahmen zur Wiedergutmachung durch jugendliche Täter, z.B. durch Verpflichtung zur Reinigung der beschmierten Wandfläche oder andere gemeinnützige Arbeiten.
  - Bereitstellung von Flächen für legale Graffiti unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Diese Flächen sind klar abzugrenzen und für Graffiti als legal zu kennzeichnen.
- 

## Beschluss Nr. 0411

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.08.2008 betr.

Konzept gegen Farbschmierereien - Förderung der Jugendkultur

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an die Ausschüsse Umwelt und Sauberkeit und Schule und Kultur überwiesen.

1. Den Vorsitzenden der Ausschüsse Wiesbaden, .09.2008

- Umwelt und Sauberkeit und
- Schule und Kultur

mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .09.2008  
-16 -

Dezernate VII + VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister